



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax : (0221) 221-26005

E-Mail: [Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de](mailto:Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de)

Datum: 11.05.2017

**Auszug  
aus der Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für  
Anregungen und Beschwerden vom 09.05.2017**

**öffentlich**

**4.6 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Umwandlung von Autostellplätzen in  
Fahrradstellplätze in den Stadtteilen Innenstadt, Rodenkirchen, Lin-  
denthal, Ehrenfeld, Chorweiler und Kalk"(AZ.: 02-1600-168/16)  
1033/2017**

Die Petenten begründen ihre Eingabe ausführlich. Der Ansatz der jährlichen pauschalen Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze werde bereits in Kopenhagen umgesetzt. Die bisherige Praxis bei Beantragung einer Umwandlung von Stellplätzen sei sehr zeitaufwändig. Zur Förderung des Fahrradfahrens sei eine massive Umwandlung notwendig. Fahrradparken sollte dem Pkw-Parken gleichgestellt werden.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, führt aus, dass die Verwaltung wie dargestellt empfehle, an der bisherigen Praxis einer bedarfsorientierten Umwandlung von Pkw-Stellplätzen in Fahrradstellplätze festzuhalten. Die Verwaltung sei hier im engen Austausch mit der Politik und den verschiedenen Initiativen. Eine pauschale Umwandlung in Höhe von jährlich 2 % sei nicht zielführend, da besonders in den hochverdichteten, innerstädtischen Stadtteilen ein sehr hoher Bedarf an Fahrradstellplätzen vorliege, in eher ländlich geprägten Stadtteilen jedoch nicht. Die langen Bearbeitungszeiten könne er grundsätzlich nicht bestätigen. Die Verwaltung reagiere sehr schnell auf entsprechende Vorschläge und Anträge. Allerdings seien im öffentlichen Straßenland immer die Interessen aller Verkehrsteilnehmer, auch der Pkw-Fahrer und Fußgänger, zu berücksichtigen. So könne es im Einzelfall durchaus zu Verzögerungen kommen.

Frau Paffen, SPD, betont die Wichtigkeit der Schaffung von Fahrradstellplätzen. Dies solle aber wie bisher bedarfsgerecht geschehen. Eine pauschale Umwandlung sei nicht zielführend.

Herr Fischer, Grüne, begrüßt die grundsätzliche Zielrichtung der Eingabe. Es würden deutlich mehr Fahrradabstellplätze benötigt. Allerdings spricht er sich ebenfalls gegen eine pauschale Umwandlung von Pkw-Stellplätzen aus. Aufgrund seiner Funktion als Bezirksvertreter in der Bezirksvertretung Innenstadt könne er berichten, dass durch einen Beschluss der BV 1 das PKW-Parken in die Parkhäuser verlegt werden soll und jährlich 10 % der Parkflächen bedarfsgerecht in Fahrradabstellplätze umgewandelt werden soll. Dies sei mit einem pau-

schalen Ansatz in Höhe von jährlich 2 % nicht zu erreichen. Er regt an, die Beschlussvorlage mit der grundsätzlichen Begrüßung der Zielrichtung der Eingabe an die Bezirksvertretungen zu verweisen.

Herr Heumann, Linke, merkt an, dass eine Verweisung in die Bezirksvertretungen positiv im Sinne der ökologischen Verkehrswende formuliert werden soll. Es sollte den Bezirksvertretungen überlassen werden, ob sie einen pauschalen oder bedarfsgerechten Ansatz verfolgen.

Frau Domke, FDP, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Erkelenz, CDU, spricht sich ebenfalls für eine bedarfsgerechte Umwandlung aus. Einem Verweis in die Bezirksvertretungen könne sich seine Fraktion anschließen.

Die Petenten führen aus, dass es beabsichtigt gewesen sei, mit den Bezirksvertretungen ins Gespräch zu kommen.

Herr Pohl, CDU, spricht sich ebenfalls für eine Verweisung in die Bezirksvertretungen aus.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass eine stadtweite Änderung der Prinzipien hin zu einer pauschalen Umwandlung eine überbezirkliche Angelegenheit sei und in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses falle.

Herr Fischer regt folgenden geänderten Beschlusstext an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe. Der Ausschuss begrüßt die grundsätzliche Zielrichtung der Eingabe und verweist sie in die dafür zuständigen Bezirksvertretungen mit der Bitte um eine bedarfsgerechte Umwandlung von Auto- in Fahrradparkplätze.“

Herr Rothe sieht auch die vorgeschlagene Formulierung als einen grundsätzlichen Wechsel der Prinzipien an, welcher in die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses falle.

Herr Dr. Höver merkt an, dass für eine Zuständigkeit der Bezirksvertretungen der pauschale Ansatz eindeutig abgelehnt werden müsste.

Frau Domke, FDP, regt an, den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu ergänzen, dass die Bezirksvertretungen beteiligt werden sollen.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Schneider, SPD, regt an, auch die Prozessbeschleunigung in den Vorschlag von Frau Domke aufzunehmen. Er lässt zunächst über den weitergehenden Antrag von Herrn Fischer abstimmen:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Grünen und Linken.

Abstimmung über den Vorschlag von Frau Domke:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und spricht sich gegen eine pauschale Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze aus. Die Eingabe wird in die zuständigen Bezirksvertretungen verwiesen. Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus für eine Prozessbeschleunigung bei der bedarfsgerechten Umwandlung von Auto- in Fahrradstellplätze aus.“

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir, Linke.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und spricht sich gegen eine pauschale Umwandlung von Autostellplätzen in Fahrradstellplätze aus. Die Eingabe wird in die zuständigen Bezirksvertretungen verwiesen. Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus für eine Prozessbeschleunigung bei der bedarfsgerechten Umwandlung von Auto- in Fahrradstellplätze aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Akbayir, Linke.